Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 05.07.2007 um 19.15 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm

Stadtrat Lux

Stadtrat Rank

Stadtrat Schardt

Stadträtin Stocker

Stadtrat Straßberger

Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Arayici

Stadträtin Dr. Endres-Paul (ab 19.40 Uhr, Ziffer 5)

Stadtrat Heisel

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Stadtrat Dr. Kröckel

Stadtrat Mahlmeister

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Ley

Stadtrat Lorenz

Stadtrat May

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

„parteilos“

2. Bürgermeisterin Gold

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner

Rechtsrätin Schmöger

Amtfrau Hartmann (Ziffern 1 – 4)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten:

Stadträtin Schwab

Stadträtin Sagol

Stadtrat Müller

Stadtrat Jeschke

Stadträtin Wachter

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Beantragung von Ganztagsklassen im Schulversuch "Gebundene Ganztagsgrundschule" für die Volksschule Kitzingen-Siedlung – Grundschule

Mit 24 : 0 Stimmen

1. Die Stadt Kitzingen befürwortet den Antrag der Volksschule Kitzingen-Siedlung – Grundschule an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf Teilnahme am Schulversuch „Gebundene Ganztagsgrundschule“ **ab dem Schuljahr 2008/2009.**
2. Die Stadt Kitzingen schafft die hierfür erforderlichen räumlichen Voraussetzungen.
3. Die Stadt Kitzingen erklärt sich als Sachaufwandsträger dieser Schule bereit, den hierdurch zusätzlich anfallenden Sachaufwand zu übernehmen.

2. Zusätzlicher Raumbedarf an der Volksschule Kitzingen-Siedlung - Grundschule:

- A. Oberbürgermeister Moser fragt nach, ob der Finanzausschussbeschluss auch zum Stadtratsbeschluss erhoben werden könne.
Stadtrat Mahlmeister bittet um Ergänzung des Beschlussentwurf dahingehend, dass bei der Raumbedarfsüberprüfung ebenfalls der Aspekt des Schülerhorts berücksichtigt werde, so wie es bereits in der Sitzung des Finanzausschuss angesprochen wurde.
Stadtrat Heisel ergänzt, dass gleichzeitig an den Bedarf für Lagerräume bedacht werden müsste.
Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

B. Mit 24 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Erste Vorschläge zur baulichen Lösung des zusätzlichen Raumbedarfs sind von der Stadtverwaltung gemeinsam mit der Schulleitung zu erarbeiten (Lage auf dem Grundstück, mögliche Raumgröße, Hortmöglichkeit etc).

Anschließend ist der Planungsauftrag an ein qualifiziertes Büro zu vergeben.

3. Antrag vom 12.06.2007 auf Erweiterung des Familienpasses von 16 auf 18 Jahre

Mit 24 : 0 Stimmen

1. Dem Antrag auf Erweiterung des Familienpasses für Kinder bis zum 18. anstatt bis zum 16. Lebensjahr wird zugestimmt.
 2. Den anliegenden neu gefassten „Richtlinien zur Herausgabe des Familienpasses der Stadt Kitzingen“ wird zugestimmt, sie treten ab 06. Juli 2007 in Kraft.
4. Übernahme der Betriebsträgerschaft des Schülerhortes des "Spielraum e.V." durch die Haus Marienthal gGmbH

Mit 24 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
 2. Die Stadt Kitzingen erklärt sich mit einem Wechsel der Betriebsträgerschaft des Schülerhortes in Etwashausen vom Verein Spielraum e.V. auf die Haus Marienthal gGmbH, Schweinfurt, einverstanden.
 3. Die Stadt Kitzingen übernimmt bis 31.08.2008 weiter die Miet- und Nebenkosten der Horträume gemäß dem bestehenden Mietvertrag und ist mit der Nutzung der Hortausstattung durch den neuen Träger einverstanden (Zuschusserfordernisse).
 4. Haus Marienthal gGmbH erhält im Schuljahr 2007/08 neben der BayKiBiG-Förderung einen zusätzlichen Personalkostenzuschuss in Höhe von 12.800 €, weiter übernimmt die Stadt die Personalkosten der vorhandenen zusätzlichen Betreuungskraft für dieses Schuljahr.
 5. Weitere Vereinbarungen zum betriebstechnischen Übergang werden von der Verwaltung mit dem neuen Träger getroffen.
5. Antrag auf Aufnahme des Bahnhofs Kitzingen in den Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN)

Mit 23 : 2 Stimmen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung (SG 61) wird Kenntnis genommen.
 2. Es besteht Einverständnis, umgehend eine Aufnahmeantrag an den Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) zur Integration des Bahnhofs Kitzingen zu richten (mögl. Aufnahmeterrmin 09.12.2007).
 3. Es besteht Einverständnis, die Kosten für die Aufnahme des Bahnhofs Kitzingen von brutto max. 56.615,- € außerplanmäßig bereitzustellen. Auf der Einnahmeseite sind 37.355,- € einzustellen.
 4. Die Verwaltung wird beauftragt, parallel dazu einen entsprechenden Antrag auf ÖPNV-Zuschüsse beim Landratsamt Kitzingen zu stellen.
6. Löschwasserversorgung des Stadtteils Repperndorf
Bau einer Löschwasserzisterne „An der Weth“
Maßnahmebeschluss, Mittelbereitstellung

Mit 25 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung soll in der Straße „An der Weth“ neben dem Feuerwehrhaus eine Löschwasserzisterne für 70 m³ Löschwasser errichtet werden.
3. Die geschätzten Kosten betragen rd. 110.000 €
4. Die Baumaßnahme muss vor Beginn des Feuerwehrhauses (voraussichtlich Juli 2008) abgeschlossen sein.
5. Die Planung und Baudurchführung soll durch das SG Tiefbau erfolgen.

6. Für die Planungsphase, die im Jahr 2007 erfolgen muss, sind Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 € außerplanmäßig bereitzustellen.
7. Für die Baudurchführung sind im Haushalt 2008 Mittel in Höhe von 100.000 € bereitzustellen.
8. Die Straßenwiederherstellung, im Bereich der durch die Baumaßnahme beanspruchten Flächen, soll entsprechend dem derzeitigen Standard erfolgen.
Sollte eine Umgestaltung im Rahmen der Dorferneuerung – wie ursprünglich vorgesehen – gewünscht werden, so sollte dieser Straßenumbau erst nach Fertigstellung des Feuerwehrhauses durchgeführt werden.

7. Umsetzung des ISEK; Projektgruppen

Möglichkeit der Einbeziehung von Stadtratsmitgliedern

- A. Oberbürgermeister Moser erklärt, dass ergänzend zum Antrag von 2. Bürgermeisterin Gold die CSU-Fraktion ebenfalls einen Antrag zur Einbeziehung der Stadtratsmitglieder in den Arbeitsgruppen des ISEK-Prozesses abgegeben habe.

2. Bürgermeisterin Gold geht im Folgenden auf ihren Antrag ein und spricht nochmals ihren Unmut darüber aus, dass in den Arbeitsgruppen keine Mitglieder des Stadtrates involviert seien. Sie erklärt, dass durch die Mitarbeit des Gremiums auch die Akzeptanz des Verfahrens steigen könnte und somit die Beschlüsse im Stadtrat schneller und leichter gefasst werden können. Ihrer Auffassung nach bedürfe dies keines politischen Proporz (Hare/Niemeyer), sondern nach Absprache unter den Fraktionen und Gruppen sollten die Fachleute in den jeweiligen Arbeitskreisen vertreten sein, so dass jede Fraktion bzw. Gruppen je eine Person in die verschiedenen Arbeitskreise abstellt.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass die Arbeitsgruppe für das „Wie“ verantwortlich sei und dies hauptsächlich das Abhandeln von Verfahrenspunkten beinhalte. In diesen Sitzungen würden keinerlei Sachentscheidungen getroffen. Durch mehrere Mitglieder in den Arbeitsgruppen würden mehrere Meinungen hinzukommen, die den Prozess wieder in die Länge ziehen könnten. Aufgrund der Erfahrungen aus anderen Städten, in denen dieser Prozess vollzogen wurde, sollte man die Stadträte nicht in die Arbeitsgruppen einbeziehen, da diese ohnehin die Entscheidungen im Stadtrat treffen werden. Weiter erklärt er, dass die Informationen der Arbeitsgruppen rechtzeitig an das Gremium weitergeleitet werden.

B. Stellungnahmen der Fraktionen bzw. Gruppen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein spricht sich für eine Größe der Arbeitsgruppen von 5 bis 7 Personen aus, wie dies auch die Erfahrung der Fachleute in diesen Kreisen sei. Er erklärt, dass dem Stadtrat hierdurch nichts weggenommen werde, sondern dieser die Sachentscheidungen ohnehin per Beschluss trage. Er weist aber auch darauf hin, dass der Informationsfluss zwischen Arbeitsgruppe, Verwaltung und dem Stadtrat fließen müsse.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene ist ebenfalls der Auffassung, dass der Informationsfluss laufen müsse und erklärt, dass die Arbeitsgruppen die Aufgabe der Verwaltung sei und der Stadtrat hierbei nicht einbezogen werden sollte.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt weist darauf hin, dass die Stadträte die gewählten Vertreter der Bürger seien und daher diese in den Arbeitsgruppen zur Jahrhundertaufgabe ISEK mitwirken sollten. Seiner Auffassung nach, gebe es in den Reihen des Gremiums einige Fachleute, die in den verschiedenen Arbeitsgruppen mitwirken sollten und bittet den Antrag von 2. Bürgermeisterin Gold zu beschließen.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp erklärt, dass bei der wichtigen Aufgabe, wie der des ISEK die Stadträte als höchstes Verwaltungsgremium sowie als gewählt Vertreter der Bürger vertreten sein müssten. Sie weist darauf hin, dass derzeit neben den Verwaltungsbediensteten auch weitere Personen aus div. Institutionen in den Arbeitsgruppen beteiligt seien. Sie erklärt, dass bei den Arbeitsgruppen des Hallenbades und des Mobilfunks ebenfalls die Stadträte beteiligt seien und hier ebenfalls gute Arbeit geleistet werde. Sie spricht sich für den Antrag von 2 Bürgermeisterin Gold aus.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp ist der Auffassung, dass die Stadträte bei dieser wichtigen Aufgabe beteiligt sein müssen und, dass neben den ordentlichen Mitgliedern auch Interessierte als Gäste kommen dürfen.

f) ödp-Stadtratgruppe:

Stadträtin Schmidt ist ebenfalls für die Beteiligung der Stadträte in den Arbeitsgruppen, da ihrer Auffassung nach, der Informationsfluss beschleunigt werde und langwierige Diskussionen im Finanzausschuss und Stadtrat entfallen würden.

C. Mit 25 : 0 Stimmen

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadträtin Richter wird stattgegeben.

D. Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über eine mögliche Einbeziehung des Gremiums in den Arbeitsgruppen. Hierbei legt jeder Redner seine Argumente für und wider dar.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass zunächst über die Besetzung der Steuerungsgruppe sowie dem Vorschlag der Verwaltung zur Besetzung der Arbeitsgruppen Beschluss gefasst werde.

E. Mit 25 : 0 Stimmen

Mit Besetzung der Steuerungsgruppe, wie im Workshop am 23.04.2007 festgelegt, besteht Einverständnis.

F. Mit 12 : 13 Stimmen

Mit der Besetzung der Arbeitsgruppen, wie im Workshop am 23.04.2007 festgelegt, besteht Einverständnis.

G. 2. Bürgermeisterin Gold erläutert nochmals ihren Antrag, dass in jede Arbeitsgruppe auch ein Vertreter der Fraktionen und Gruppen komme. Gleichzeitig ist sie der Auffassung, dass Herr Bürgermeister Böhm als Vertreter des Oberbürgermeisters in jeder Arbeitsgruppe vertreten sein sollte.

Stadtrat Heisel stellt fest, dass die Arbeitsgruppe kein politisches Gremium sei und durch die Mitwirkung von Stadtratsmitgliedern der politische Proporz beachtet werden müsste.

2. Bürgermeisterin Gold erklärt, dass dann die Arbeitsgruppe hinsichtlich Mobilfunk ebenfalls geändert werden müsse, da hier in gleicher Weise das Stärkeverhältnis außer Acht gelassen werde.

Stadtrat Weiglein weist darauf hin, dass er in einem Kommentar gelesen habe, dass bzgl. der Beteiligung der Stadträte in Arbeitsgruppen eine Satzung erlassen werden müsste, in der neben der Beteiligungen auch etwaige Zuständigkeiten festgelegt seien.

2. Bürgermeister Gold erklärt, dass dann der Arbeitskreis Mobilfunk ebenfalls angepasst werden müsse und bittet, über ihren Antrag abzustimmen.

H. Mit 13 : 12 Stimmen

Die Fraktionen und Gruppen erhalten die Möglichkeit je ein Mitglied in die Arbeitsgruppen ISEK zu entsenden, so dass die Gruppen jeweils mit weiteren max. 6 Personen besetzt sind.

- I. Stadträtin Dr. Endres-Paul stellt den Antrag, dass die Sitzungen an Zeiten stattfinden sollten, an denen Berufstätige ebenfalls teilnehmen könnten (ab 18.00 Uhr).
Oberbürgermeister Moser sagt zu, dies aufzunehmen, könne jedoch eine Umsetzung nicht versprechen.

8 Gestattungsvertrag zwischen der Stadt Kitzingen und der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd, Wasser- und Schifffahrtsamt Schweinfurt, Mainberger Straße 8, 97422 Schweinfurt

Mit 25 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den Gestattungsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd, Wasser- und Schifffahrtsamt Schweinfurt für die betroffenen städtische Grundstücke zu unterzeichnen.
3. Die einmalige Zahlung der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von ca. 3.200 € wird unter der HSt. 0.8891.1190 im Haushaltsjahr 2008 eingenommen.

9. Hinweis von Oberbürgermeister Moser Benennung der Mitglieder für den Ferienausschuss

Oberbürgermeister Moser bittet die Mitglieder für den Ferienausschuss bis zum 19.07. bzw. 26.07.2007 zu benennen. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

CSU:	2 Sitze
SPD:	2 Sitze
UsW:	2 Sitze
FW:	1 Sitz
AG:	1 Sitz

10. Hinweis von Oberbürgermeister Moser Richtigstellung der Aussage Förderung Mainpromenade

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass in der Sitzung des 21.06.2007 bezüglich des Workshops zur Umgestaltung der Mainpromenade die Aussage getätigt wurde, dass nur aufgrund des Workshops die Maßnahme gefördert werde. Auf Nachfrage von 2. Bürgermeisterin Gold bei der Regierung von Unterfranken wurde die Notwendigkeit verneint, worauf Oberbürgermeister Moser erklärt, dass man bei den Gesprächen mit der Regierung den Eindruck hatte, dass hierfür eine Workshop durchgeführt werden müsse.

Der Workshop sei nicht Zuschussvoraussetzung, gleichwohl sei er für die Umgestaltung nicht schädlich.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 20.40 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer